



Atomfreies 3-Ländereck e.V. • Postfach 1123 • 37675 Beverungen

**ATOMFREIES
3-LÄNDERECK
e.V.**

Postfach 1123
37675 Beverungen
info@atomfreies-dle.de

PM 2023-02-12

Absolutes Halteverbot innerhalb der Ortschaften auf der Atommüll - Route

Das ist eines der Ergebnisse in der Ausarbeitung „Fachgutachterliche Stellungnahme zur verkehrstechnischen Anbindung des Logistikzentrums Konrad in Würgassen an Straße und Schiene“, welche die Fachagentur RegioConsult am 7.2.23 den betroffenen Bürgermeistern, Landkreisen und der Bevölkerung vorstellte. Das drohende Halteverbot stellt eine massive Einschränkung für die betroffenen Anwohner sowie die Gewerbetreibenden dar, und wird die Kommunen bei der Umsetzung vor eine schwierige Aufgabe stellen.

Die BGZ hatte bislang ungeachtet der vielen notwendigen Ortsdurchfahrten bei den fünf vorgeschlagenen Verkehrsrouten keine derartigen Einschränkungen bekanntgegeben. Vielmehr hatte die Gesellschaft des Bundes über von ihr beauftragte Gutachten dargestellt, dass der gesamte logistische Prozess problemlos abgebildet werden könne. Dabei wäre auch die Strahlenbelastung der betroffenen Bevölkerung gering, da die Transporte nur „vorbeirollen“.

Das von einem „Vorbeirollen“ der Transporte augenblicklich so nicht die Rede sein kann, ist der ortsansässige Bevölkerung schon immer klar gewesen. In den engen Ortsdurchfahrten ist durch die parkenden Fahrzeuge nur ein „Stopp and Go“ Verkehr möglich, an Tagen der Müllabfuhr hat man mit Passierzeiten von bis zu 15 Minuten zu rechnen. Neben den ohnehin schon hohen und unfallträchtigen Ortsdurchfahrten wird sich diese Situation durch die zusätzlichen Atommülltransporte verschärfen.

Zudem entpuppt sich der von BGZ angekündigte überwiegende Schienentransport immer mehr als unrealistisch. Im Zeitraum von November 2022 bis Februar 2023 war die Bahnstrecke durch vier Unfälle und zwei Instandsetzungen nicht nur stundenweise, sondern teilweise wochenlang funktionsuntüchtig. Dieses Szenario wird sich nach der geplanten LoK Inbetriebnahme 2027 verschärfen. Laut Stellungnahme des Gutachters Wulf Hahn sind eine Vielzahl der Brücken- und Tunnelbauwerke entlang der einspurigen Sollingbahn sanierungsbedürftig. Die Instandsetzung der Bahnstrecke wird zu einer Verlagerung der Transporte auf die Straße führen. Aktuelles Beispiel ist die notwendige Sanierung des Ertinghäuser Bahntunnels, welche laut Zeitungsbericht

ab 2029/30 vorgesehen ist. „Sollte die Bahnanbindung nur teilweise funktionsfähig sein, ist es jederzeit möglich, dass aus den geplanten 20 LKW-Fahrten pro Tag vom/zum LoK Würzgassen 80 LKW-Fahrten werden“ ist der Ausarbeitung von RegioConsult zu entnehmen. „Die Vorgabe aus der Transportstudie Konrad, vorrangig außerörtliche Verkehrswege wie Bundesautobahnen und Fernstraßen zu nutzen, wurde beim Standort Würzgassen offensichtlich nicht berücksichtigt“.

Um die Unfallgefahren und die Strahlenbelastungen gegenüber der Bevölkerung zu reduzieren, werden die absoluten Halteverbote in den Ortsdurchfahrten unvermeidlich werden. Besonders hart werden diese Einschränkungen die Ortschaften Dalhausen und Lauenförde (entsprechend Transportstrecke NUSEC) treffen, da der Gutachter nur die Straßenanbindung Warburg zum LoK als „bedingt tauglich“ eingestuft hatte. Alle weiteren vier Zufahrtsoptionen wurden durch RegioConsult nicht empfohlen.

Interessierte können sich einen detaillierten Einblick in die komplette Stellungnahme auf der Homepage der Bürgerinitiative Atomfreies 3-Ländereck e.V. unter <https://www.atomfreies-dle.de/pressemitteilungen/pk-2023-02-07> verschaffen. Das Gutachten wurde im Vorfeld der Veröffentlichung durch die Vorstandsmitglieder der BI, Thorsten Schäfer und Martin Ahlborn, an den Staatssekretär Matthias Heidemeier aus dem zuständigen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW übergeben. Der zuständige Minister Laumann hatte bereits bei seinem Besuch des Dreiländerecks im Oktober 2022 die logistischen Voraussetzungen in Würzgassen skeptisch angesprochen.

„Uns war es wichtig, dass sich das verantwortliche Ministerium in Düsseldorf frühzeitig auf den zu erwartenden Fragenkatalog vorbereiten kann. Die regionalen Bürgermeister und Kommunen erwarten diverse Anfragen aus der Bevölkerung, welche dann zielgerichtet mit der Landesregierung erörtert werden sollen“ führten die beiden Vorstandsmitglieder aus.

Hintergrund:

Auf dem Gelände des ehemaligen Kernkraftwerkes Würzgassen soll ein sogenanntes Bereitstellungslager für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll entstehen. Die BGZ möchte ab 2023 durch den Bau einer 325mx125m großen Halle (das entspricht der Größe von drei Fußballstadien) die vorwiegend touristisch geprägte Weserberglandregion zur bundesweit einzigen Atommülldrehscheibe aller schwach- und mittelradioaktiven Abfälle Deutschlands machen. Ab 2027 sollen nach dem Willen des BMU und der BGZ über 300.000m³ Atomschrott für 30 Jahre zur Belieferung des Endlagers Konrad bei Salzgitter am Standort Würzgassen, fernab überregionaler Verkehrsverbindungen, umgeschlagen werden. Die Standortentscheidung erfolgte unter Ausschluss der Öffentlichkeit und unter vielfacher Missachtung der Vorgaben der Entsorgungskommission des Bundes. Sowohl die zu erwartenden Betriebskosten, als auch Kriterien der optimalen Transportsicherheit und des Strahlenschutzes fanden bei der Standortauswahl keinerlei Berücksichtigung. Ein durch den TÜV Nord ausgearbeitetes Gutachten im Auftrag der Landesregierungen von Nordrhein- Westfalen und Niedersachsen bescheinigt, dass eine solche Einrichtung für die Belieferung des Endlagers nicht notwendig ist, keinen



signifikanten Zeitvorteil bei der Endlagerung erbringt und der Betrieb mit einer höheren Strahlenbelastung für Personal und Anwohner, sowie höheren Unfallrisiken einhergehen würde. Die Bürgerinitiative Atomfreies 3-Ländereck e.V. stellt sich dem Vorhaben des BMUV und der BGZ entgegen und setzt sich für eine bestmögliche, sichere, ökologisch verträgliche und zugleich kosteneffiziente Entsorgung der atomaren Hinterlassenschaften, vor allem der vier Energiekonzerne Deutschlands als Hauptverursacher, ein.